



CGFP

fonction publique

numéro 37, avril 2020
paraît 6 fois par an
9^{ème} année

compact

Sozialwahlen 2020 im öffentlichen Dienst

Überragender Sieg für die CGFP



Die CGFP geht als großer Gewinner der Berufskammerwahlen des öffentlichen Dienstes hervor. Mit 21 von 22 möglichen Sitzen gelang es der CGFP, ihre Vormachtstellung im öffentlichen Dienst souverän zu verteidigen. Sie bleibt somit die unangefochtene Nummer eins. Mit 25 von insgesamt 27 Mandaten verfügen die CGFP und ihr Kooperationspartner FGFC auch in den kommenden fünf Jahren über eine absolute Mehrheit.

Trotz der aktuellen Pandemie waren mehr als 53.000 Wahlberechtigte zwischen dem 20. und dem 31. März dazu aufgerufen, ihre 54 Vertreter für die Berufskammer der öffentlich Bediensteten zu wählen. Neben 27 tatsächlich angehörnden Mitgliedern

galt es, genauso viele Stellvertreter zu bestimmen. Die Auszählung der Stimmen, die infolge einer Wahlbeteiligung von rund 50 % mehrere Tage in Anspruch nahm, sorgt für klare Verhältnisse. Mit 21 von 22 möglichen Sitzen, die dem Staatsdienst zustehen, konnte

die CGFP einen deutlichen Sieg einfahren und ihre unbestreitbare Führungsposition festigen.

Somit wird auch in den kommenden fünf Jahren kein Weg an der CGFP vorbeiführen. Bei Fragen von allgemeinem Interesse, die den öffentlichen Dienst betreffen, bleibt die CGFP für die Regierung ein unumgänglicher Ansprechpartner. Das hervorragende Wahlergebnis ist umso beachtlicher als die CGFP in vier von insgesamt sieben Kategorien mit Gegenlisten konfrontiert war.

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

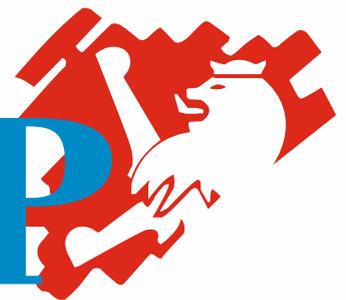
PORT PAYÉ
PS/700

The background of the entire page is a photograph of several pairs of hands clapping. The hands are in various stages of the clapping motion, creating a sense of rhythm and support. The lighting is bright, and the colors are natural skin tones.

MERCI

**ALL DEENEN,
DÉI D'CGFP-KANDIDATEN
ËNNERSTËTZT HUNN**

CGFP



Im Vorfeld der Sozialwahlen hatte der OGBL lauthals verkündet, in allen Gruppen – mit Ausnahme des Kultus – eigene Listen vorzulegen. Dieses Vorhaben scheiterte. In zwei Kategorien wurde die jeweilige OGBL-Kandidatenliste verworfen, da sie die festgesetzten Kriterien nicht erfüllen konnte. In drei weiteren Gruppen, die den öffentlichen Dienst betreffen, konnte der Unabhängige Gewerkschaftsbund keinen Fuß fassen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass in der unteren und in der mittleren Laufbahn sowie in der Kategorie F (Kultus) nicht gewählt wurde. Hier stand der Einzug der CGFP-Kandidaten in die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (Chfep) von vorneherein fest, da keine Gegenlisten hinterlegt worden waren.

In der Kategorie A (Hochschulbereich) ergatterte die Féduse/Enseignement-CGFP einen zusätzlichen Sitz, sodass die beiden zu vergebenen Mandate auf ihr Konto gehen. In der Kategorie D (Grundschullehrer und -lehrerinnen) konnten die SNE/CGFP-Kandidaten zwei Drittel der Stimmen für sich gewinnen und somit einen Sitz verbuchen.

In der Kategorie G (Staatsangestellte, Lehrbeauftragte, Freiwillige in der Armee und Polizeianwärter) gewann die gemeinsame Liste von AEE/CGFP (Fachverband der Staatsangestellten) und APBCEE (CGFP-Berufsorganisation des Sparkassenpersonals) die beiden Sitze. Im administrativen Bereich A1 setzte sich die Féduse/Administration-CGFP gegen die vermeintliche Konkurrenz durch und behält somit den einzigen zu vergebenen Sitz.

Einheit, statt gewerkschaftliche Zersplitterung

In der Kategorie E der Kommunalbediensteten bestätigte der CGFP-Kooperationspartner FGFC seine ausgezeichneten Ergebnisse der vergangenen Wahlen. Die FGFC verbucht vier von insgesamt fünf möglichen Mandaten auf ihrem Konto. Zusammen beanspruchen CGFP und FGFC demnach 25 von 27 Sitze für sich.

Dieses hervorragende Gesamtergebnis gewährleistet in den kommenden fünf Jahren die Kontinuität innerhalb der Berufskammer aller öffentlich Bediensteten, die als institutioneller Arm der CGFP gilt. Seit der Gründung der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ im Jahr 1964 hat die CGFP maßgeblich zu dem hohen Ansehen dieser bewährten Institution beigetragen.

Die zahlreichen Stellungnahmen und Gutachten, die von der zuständigen Berufskammer verfasst werden, üben einen starken Einfluss auf das politische Geschehen aus. Dem Staatsdienst ist somit weiterhin eine starke Vertretung gewiss, die über die nötige Erfahrung, Ausgewogenheit und Kompetenz verfügt, um sich auf politischer Ebene Gehör zu verschaffen.



Das Wählerverdict dieser Briefwahl hätte deutlicher nicht ausfallen können. Die mehr als 53.000 Stimmberechtigten haben einer gewerkschaftlichen Zersplitterung eine klare Absage erteilt. Gut so! Denn nur eine geballte gewerkschaftliche Einheit wie die CGFP kann bei den Entscheidungsträgern etwas bewirken und soziale Errungenschaften im Interesse aller Staatsbediensteten erfolgreich verteidigen. Der jüngste Wahlerfolg der CGFP ist wahrlich kein Zufallsprodukt. Das ausgezeichnete Abschneiden einzig und allein auf die großangelegte CGFP-Wahlkampagne zurückzuführen, wäre zu kurz gegriffen.

Zum einen hat sich die sorgfältige Auswahl der CGFP-Kandidaten bezahlt gemacht. Die gelungene Mischung von „Newcomern“ mit frischen Ideen sowie Anwärtern mit wertvoller Erfahrung hat die Wähler überzeugt. Zum anderen zeigt das starke Vertrauen, das der CGFP erneut entgegengebracht wurde, dass

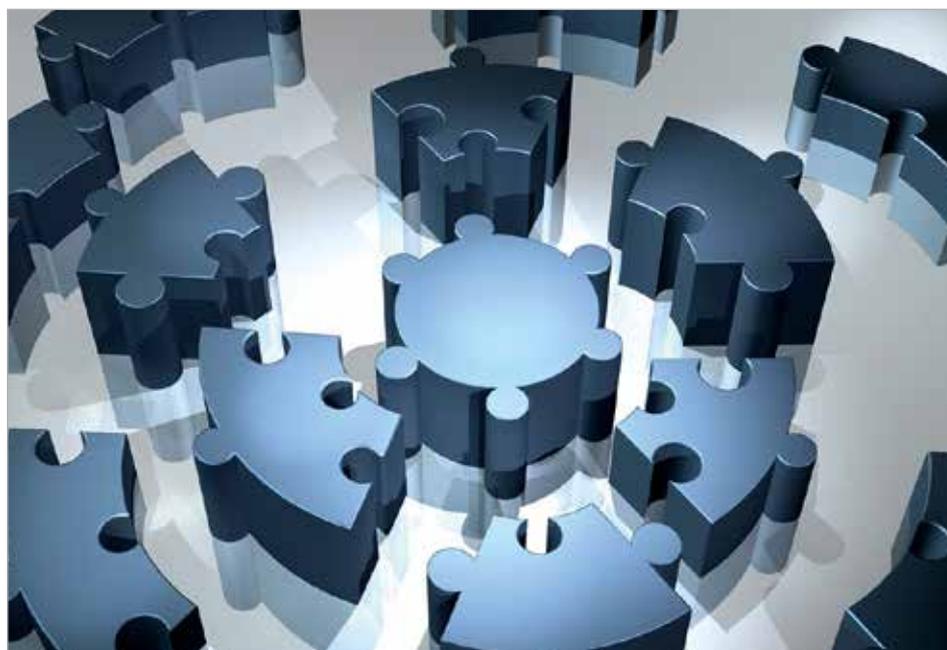
der Dachverband aller öffentlich Bediensteten als zuverlässiger und ernsthafter Sozialpartner wahrgenommen wird.

Ansporn für neue Herausforderungen

Der errungene CGFP-Sieg ist eine Bestätigung für die Arbeit, die in den vergangenen fünf Jahren geleistet wurde. Die Liste der erreichten Ziele ist beachtlich. So wurde z.B. die jahrelang auf dem Buckel der kommenden Generationen ausgetragene kontraproduktive 80/80/90-Regelung für immer aus der Welt geschafft.

Auch die Einführung der Zeitsparkonten, zunächst im öffentlichen Dienst und anschließend in der Privatwirtschaft, ist ein Verdienst der CGFP. Einen weiteren bahnbrechenden Durchbruch gab es zum Jahresbeginn zu vermelden: Dank ihres unermüdlichen Ein-

Fortsetzung siehe Seite 5



Die **42 CGFR** - VERTRETER
IN DER BERUFSSKAMMER
DER ÖFFENTLICH BEDIENTETEN

Catégorie A: Carrière supérieure de l'Enseignement



MEMBRES EFFECTIFS:
Mona GUIRSCH épouse HEYART
Gilles KOHNEN



MEMBRES SUPPLÉANTS:
Lynn BINNA
Raoul SCHOLTES

Catégorie A1: Carrières supérieures de l'Administration



MEMBRE EFFECTIF:
Nicolas BASTIEN

MEMBRE SUPPLÉANT:
Michel SINNER

Catégorie B: Carrières moyennes



MEMBRES EFFECTIFS:
Georges DENNEWALD
Christian FABER
Steve KEIPES
Irène THILL
Romain WOLFF



MEMBRES SUPPLÉANTS:
Gérard BUCARI
Lynn LUCIANI
Stéphanie PAULY
Edouard VIANA
Laurent ZIMMER



Catégorie C: Carrières inférieures



MEMBRES EFFECTIFS:
Daniel DA SILVA CRUZ
Gilbert GOERGEN
Raymond JUCHEM
Bob JUNGERS
Gloria PEIFFER
ép. EVEN
Marco RICHARD
Pascal RICQUIER
Christian SCHLECK
Pascal WOHL



MEMBRES SUPPLÉANTS:
Laurent BECKER
Jean-Jacques BETZ
Steve BRICKLER
Michel COSTA
Patrick LOMMER
Serge PRISTINO
Claude SCHUMACHER
Arlette WEBER
ép. SCHMIT
Joël WEISHAUP



Catégorie D: Carrière moyenne de l'Enseignement



MEMBRE EFFECTIF:
Patrick REMAKEL



MEMBRE SUPPLÉANT:
Gilles GLESENER

Catégorie F: Ministres du Culte Catholique



MEMBRE EFFECTIF:
Claude BACHE



MEMBRE SUPPLÉANT:
Paul ESTGEN

Catégorie G: Employés de l'Etat



MEMBRES EFFECTIFS:
Carmen JAFFKE
Marilène MARQUES



MEMBRES SUPPLÉANTS:
Steve HEILIGER
Jacquie LAKAFF

satzes einigte sich die CGFP mit der Regierung auf ein längst überfälliges Abkommen zur Arbeitszeitregelung für den gesamten öffentlichen Dienst.

Für die CGFP ist das von den Wählern geschenkte Vertrauen zugleich ein Auftrag, ihre Arbeit in den kommenden fünf Jahren resolut fortzusetzen. Sie ist fest gewillt, sich mit aller Entschlossenheit für die Belange der öffentlich Bediensteten einzusetzen. Dabei wird sie sich nicht davor scheuen, in entscheidenden Momenten Verantwortung zu übernehmen.

An der Grundausrichtung wird sich nichts ändern. Als vernünftiger Sozialpartner ist die CGFP in Krisenzeiten mehr denn je darum bemüht, vorwiegend am Verhandlungstisch in einem konstruktiven Klima Lösungen im Interesse des öffentlichen Dienstes und des Landes zu finden. Sollte die Politik jedoch den Bogen überspannen, wird die CGFP, wie bereits in den vergangenen Jahren, nicht davor zurückschrecken, von anderen gewerkschaftlichen Mitteln Gebrauch zu machen, um ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen. Falls notwendig, wird die CGFP nicht zögern, Schlichtungsprozeduren einzuleiten oder/und große Protestkundgebungen zu beschließen.

Keine Alleingänge

Die größte Herausforderung in den kommenden Jahren ist die Überwindung der durch die Pandemie verursachten Wirtschaftskrise. Die CGFP tritt dafür ein, dass alle Akteure bereitstehen müssen, um die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die grenzüberschreitende Pandemie erfordert eine koordinierte globale Antwort, statt Alleingänge (siehe dazu auch Seite 6+7). Zudem werden in der zweiten Jahreshälfte die Verhandlungen über das neue Gehälterabkommen für die öffentlich Bediensteten auf die politische Agenda rücken.

Ein weiteres heißes Eisen sind die bevorstehenden Verhandlungen über das Recht auf den Vorruhestand. Die CGFP tritt dafür ein, dass jene Bedienstete, die Schichtarbeit leisten, die nach dem 1. Januar 1999 dem öffentlichen Dienst beigetreten sind, vorzeitig in Pension gehen dürfen. Zudem hält die CGFP weiterhin an der Abschaffung des Bewertungssystems fest. Dieses Modell ist für den Staatsdienst völlig ungeeignet. Im Allgemeinen tritt die CGFP für hohe Sozialstandards und für angemessene Löhne ein. Falls die Politik die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen in Erwägung ziehen sollte, ist mit heftigem Widerstand seitens der CGFP zu rechnen.



Die Pandemie-Krise zeigt, wie wichtig ein effizienter Staat in entscheidenden Momenten ist.

Gesamtsteuerlast gerechter verteilen

In den kommenden Monaten wird es die CGFP nicht versäumen, bei der Ausarbeitung der angestrebten großen Steuerreform wichtige Akzente zu setzen (siehe dazu auch Seite 12+13). Um bestehenden sozialen Problemen wie der Wohnungsnot und dem steigenden Armutsrisiko Einhalt zu gewährleisten, drängen sich neue steuerliche Maßnahmen auf.

Oberste Priorität ist es, die Gesamtsteuerlast zwischen den natürlichen Personen und den Unternehmen wieder gerechter aufzuteilen. Die Steuerklasse 1A, die vor allem Verwitweten und alleinerziehenden Elternteilen sehr zu schaffen macht, ist nicht mehr zeitgemäß. Absoluten Hand-

lungsbedarf sieht die CGFP auch in Bezug auf die Fonds, die Großanleger unerhörte Steuervorteile verschaffen. Steuervermeidungsmechanismen zugunsten von Groß-eigentümern und internationalen Multis gefährden die Aufrechterhaltung des Sozialstaates.

Die CGFP dankt all jenen, die sich bei den Sozialwahlen im März 2020 für eine starke gewerkschaftliche Einheit ausgesprochen haben, indem sie die Liste 5 angekreuzt haben. Die CGFP-Exekutive möchte sich an dieser Stelle auch bei den Kandidatinnen und Kandidaten für deren Solidarität und pausenloses Engagement während der gesamten Wahlkampagne bedanken, die unter schwierigen Umständen stattfand. Wahlen zu gewinnen, ist kein Selbstläufer, doch der Aufwand hat sich gelohnt.

Max Lemmer





Geeint im Kampf gegen die Folgen der Pandemie

CGFP fordert flächendeckende Solidarität

Durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie wurde das öffentliche Leben auch in Luxemburg auf ein Minimum heruntergefahren. Viele mussten nicht nur ihren Alltag gewaltig einschränken, sondern bangen nun um ihre Existenz. Die luxemburgische Regierung hat ein Hilfspaket von historischem Ausmaß beschlossen. Die Corona-Krise setzt der Wirtschaft gewaltig zu. Die CGFP und mit ihr der gesamte öffentliche Dienst werden sich an diesem solidarischen Kraftakt beteiligen.

Seit Wochen hat die Corona-Krise unser Leben fest im Griff. Die Ausgangsbeschränkungen haben für leer gefegte Straßen gesorgt. Nahezu die gesamte Gesellschaft wurde lahmgelegt. Die nie da gewesene sanitäre Krise hat offenbart, wie wichtig es für ein Land ist, auf einen starken, verlässlichen öffentlichen Dienst zurückgreifen zu können.

Die hochengagierten, staatlichen und kommunalen Bediensteten haben an der vordersten Front weitaus mehr geleistet als von Ihnen verlangt wurde. Die CGFP und ihr Kooperationspartner FGFC drückt ihnen den tiefsten Respekt aus. Die Beschäftigten in den medizinischen Einrichtungen, die Mitarbeiter des Krisenstabs, die Polizei, die Armee, die Rettungskräfte sowie die Postmitarbeiter und die Hygienedienste – um stellvertretend für alle anderen Bereiche nur einige Beispiele zu nennen – sie alle haben mit ihrem beispielhaften Engagement dazu beigetragen, die Versorgung der Bürger zu sichern.

Von Beginn an hat die CGFP darauf gepocht, diesen Menschen eine geeignete Schutzkleidung, Brillen, Atemschutzmasken

und Desinfektionsmittel zur Verfügung zu stellen. Eine mangelhafte Ausrüstung, wie sie in vereinzelt Abteilungen festgestellt wurde, war und ist inakzeptabel.

Auch in der Privatwirtschaft wurden enorme Anstrengungen unternommen, um einen Kollaps der Gesellschaft zu vermeiden. In vielen Bereichen, wie etwa bei der Gesundheitsversorgung, haben der öffentliche Dienst und der Privatsektor eng zusammengearbeitet, um die Verbreitung des gefährlichen Virus einzudämmen.

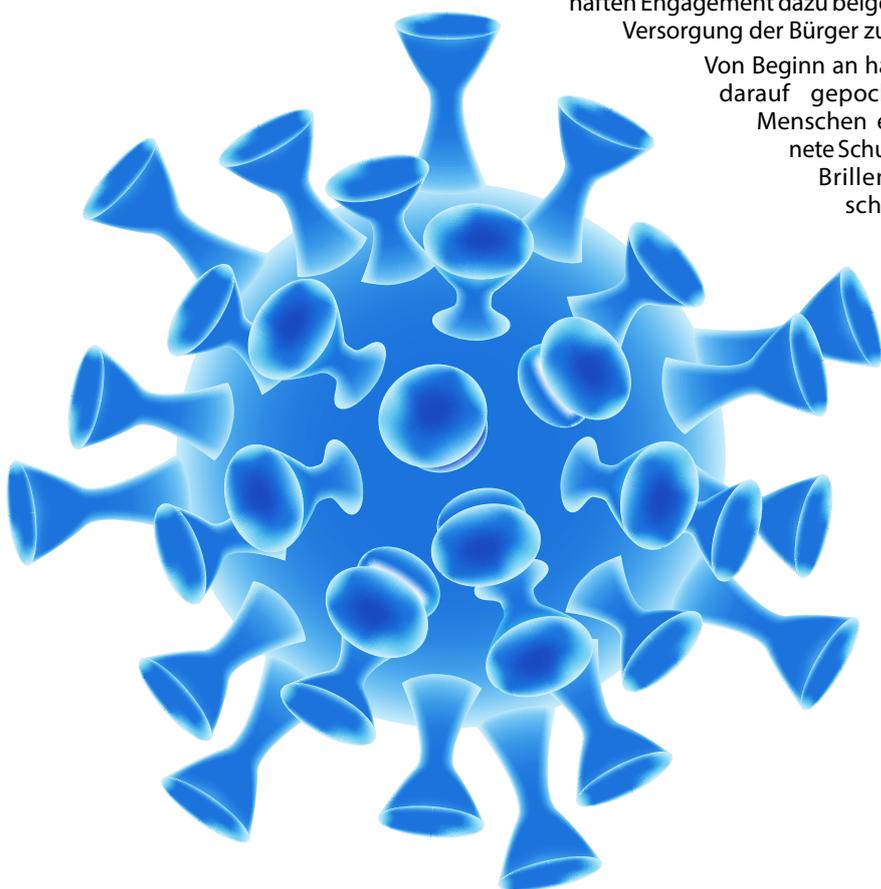
Zu Hause bleiben und falls möglich von dort aus arbeiten, lautete die klare Ansage der Regierung beim Ausbruch der Pandemie. Viele private Unternehmen stellten sich auf die Netzwerkkultur um. Auch in den meisten öffentlichen Verwaltungen wurde dieser Aufforderung binnen kurzer Zeit Folge geleistet.

Massenentlassungen verhindern

Die plötzliche Umsetzung scheint weitgehend positiv verlaufen zu sein. Der CGFP sind jedoch Einzelfälle bekannt, bei denen Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen vermutlich aus Angst vor einem Kontrollverlust völlig unnötige bürokratische Schikanen eingeführt haben. Manche Personalabteilungen weigerten sich zudem, ihre Mitarbeiter von zu Hause aus arbeiten zu lassen, obwohl dies problemlos zu bewerkstelligen gewesen wäre.

Das Corona-Virus infiziert Menschen und damit auch die gesamte Volkswirtschaft. Die Sorge vor einer Rezession nimmt rapide zu. Viele Unternehmen sehen sich mit massiven Auftrags- und Umsatzeinbrüchen konfrontiert. Böse Erinnerungen werden wach: Die durch die Corona-Pandemie bedingten wirtschaftlichen Einbußen könnten weitaus schlimmer werden als die der Finanzkrise von 2008.

Am vergangenen 24. März berieten Patronats- und Gewerkschaftsvertreter mit Arbeitsminister Dan Kersch über die möglichen Folgen. Stellvertretend für die CGFP nahm Nationalpräsident Romain Wolff an dieser gemeinsamen Videoschleife teil. Ziel des Austauschs war es, einer sozialen Krise infolge der Pandemie vorzubeugen. Breite





Einigkeit herrschte darüber, dass konsensorientierte Lösungen erforderlich seien, um Massenentlassungen zu verhindern.

Immerhin hat die Corona-Krise etwas Positives bewirkt: Die Sozialpartner haben nach einer längeren Unterbrechung den Dialog wieder aufgenommen. Ende vergangenen Jahres hatte sich der Arbeitgeberverband UEL noch geweigert, gemeinsame Gespräche mit den Gewerkschaften im Rahmen des „comité permanent du travail et de l'emploi“ zu führen.

Für die CGFP hat der Gesundheitsschutz der Menschen absoluten Vorrang. Eine weitere Priorität ist der Erhalt der Arbeitsplätze. Die Regierung hat sich dazu bereit erklärt, dort Hilfe zu leisten, wo Not am Mann ist. Die CGFP hielt diese Vorgehensweise von Beginn an für richtig.

Wiederbelebung des Luxemburger Modells

Das rasche und unbürokratische Krisenmanagement, mit dem die Dreierkoalition den Liquiditätsproblemen zahlreicher Unternehmen begegnen möchte, ist begrüßenswert. Das von der Luxemburger Regierung beschlossene Hilfspaket von fast 9 Milliarden Euro lässt jedoch erahnen, wie einschneidend diese Krise für die hiesigen Betriebe sein wird. Diese kolossale Summe stellt beinahe 15 % des Bruttoinlandsproduktes des Landes dar und entspricht beinahe einem halben Staatshaushalt.

Allein die Unterstützung der Kurzarbeit kostet den Staat jeden Monat rund 500 Millionen Euro. Der Zahlungsaufschub bei Steuer- und Sozialabgaben soll den Unternehmen zusätzlich Luft verschaffen. Allein diese Maßnahme wird ein Loch von 3 Milliarden Euro in das Staatsbudget reißen. Somit soll verhindert werden, dass die Wirtschaftsfalut eine schwerwiegende Finanzkrise nach sich zieht.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass das Luxemburger Modell, wenn es darauf ankommt, funktioniert. Staat und Privatwirtschaft suchen gemeinsam nach Lösungen. So haben sich z.B. 6 Banken aus Luxemburg bereit erklärt, die Kredite ihrer Unternehmenskunden für ein halbes Jahr einzufrieren. Die Kosten

werden von den Finanzinstituten geschultert. Bei neuen Krediten trägt der Staat 85 % des Risikos, den Rest übernehmen die betreffenden Banken.

Bedauerlicherweise gelang es den EU-Staaten nicht, sofort gemeinsame wirtschaftspolitische Akzente zur Eindämmung der Krise zu setzen. Es wäre jedoch nicht angebracht, Brüssel ein vollkommenes Versagen vorzuwerfen. Immerhin gab die EU-Kommission der Luxemburger Regierung grünes Licht für Beihilfen von 300 Millionen Euro zur Unterstützung der vom „Lockdown“ betroffenen Betriebe und Freiberufler. Ein weiterer Befreiungsschlag dürfte die vorübergehende Aussetzung der Brüsseler Schulden- und Defizitregeln sein.

Das ganze Ausmaß des wirtschaftlichen Schadens, den das heimtückische Corona-Virus der Wirtschaft zufügen wird, kann derzeit noch nicht im vollen Umfang beziffert werden (siehe Seite 9 + 11). Auch wenn Luxemburg aufgrund seiner gesunden Staatsfinanzen und seiner geringen Verschuldung gut aufgestellt ist, hinterlässt die Pandemie tiefe Spuren. Ob die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von drei Milliarden Euro ausreicht, wird sich erst zeigen müssen.

Keine unerwünschten Grabenkämpfe

Nach der sanitären Krise muss in Ruhe analysiert werden, wer später die Kosten tragen wird. Für die CGFP steht außer Zweifel, dass die Finanzlast paritätisch verteilt wird. Dabei müssen sich sämtliche Akteure solidarisch zeigen.

Die Sozialpartner und die Regierung müssen Hand in Hand zusammenarbeiten, um die wirtschaftlichen Folgen so weit wie möglich abzuschwächen. Wie bereits in der Ver-

gangenheit, wird die CGFP als verantwortungsbewusste Gewerkschaft – und mit ihr der gesamte öffentliche Dienst – Stärke zeigen und sich an diesem solidarischen Kraftakt beteiligen.

Das jüngste Dreiergespräch zwischen Arbeitsminister Kersch und den Sozialpartnern darf kein einmaliger Vorgang bleiben. In Absprache mit mehreren Ministerien müssen weitere Unterredungen dieser Art folgen. Nachdem die sanitäre Krise überwunden ist, drängt sich eine Tripartite auf, um ausführlich über die wirtschaftlichen Folgen zu beraten und konkrete Lösungen im Interesse der Bürger auszuarbeiten.

Bei der Tripartite handelt es sich um ein krisenerprobtes Instrument, das seinen Ursprung in den 70er Jahren auf dem Höhepunkt der Stahlkrise fand. Seitdem haben es die Politik und die Sozialpartner immer wieder geschafft, in entscheidenden Momenten einen klaren Blick zu behalten und vernünftige Entscheidungen zum Wohle des Landes zu treffen. Diese Tradition gilt es fortzusetzen. Zusammenhalten und die Kräfte bündeln, statt unangemessene Grabenkämpfe zu führen, lautet deshalb die klare Botschaft der CGFP. Alleingänge sind bei der Suche nach tragbaren Lösungen niemandem dienlich.

Max Lemmer





MOINS CHER MAIS PAS MOINS COUVERT

**SOLDE
RESTANT
DÛ**

Votre assurance solde
restant dû moins chère
Comparez les garanties

www.cgfp-assurances.lu


CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Corona-Virus als wirtschaftlicher Game-Changer

Luxemburger Staatsschuld wird sich kurzfristig verdoppeln

An der medizinisch-sanitären Front wird mit Höchst Einsatz um Leben gekämpft, wobei man gleichzeitig auf eine noch höhere Belastung im Spitalwesen vorbereitet bleibt und überlegt, wie man den späteren Ausstieg aus dem Krisenmodus und seinen Quarantäne-Regeln optimal organisieren kann.

In volkswirtschaftlicher Hinsicht sind die Sorgen anders gelagert, weil diesbezüglich „das dicke Ende erst später kommt“, nicht nur auf ökonomischer, sondern vor allem auch auf sozialer und gesamtgesellschaftlicher Ebene. Aber auch hier hat die öffentliche Hand – und das sind eindeutig nicht nur die Minister vor den Kameras und Mikrofonen – mit Rekordtempo mutige Schnellmaßnahmen getroffen, sowohl als Soforthilfe als auch um jede Panik abzuwenden und um den Sorgen der Bürger zu begegnen.

Das offensichtlich von allen politischen und sozialen Kräften des Landes generell mitgetragene staatliche Stützungs paket ist so enorm, dass wir kurzfristig mit einer Verdoppelung unserer Staatsschulden rechnen müssen. Das Paket enthält sehr hohe Ausgaben zugunsten der Familien (Urlaub aus familiären Gründen), der Arbeitnehmer des Privatsektors (Kurzzeitarbeit zulasten des Staates) und der vielen in ihrer Existenz bedrohten Firmen (massive Liquiditätsspritzen).

Den überwiegenden Teil der kurzfristig mobilisierten Riesensumme von 8,8 Milliarden Euro stellen jedoch indirekte Liquiditätshilfen dar, die keine definitiven Ausgaben des Staates sind. Vielmehr handelt es sich hier einerseits um Zahlungsstundungen bei den Steuern und Sozialbeiträgen und andererseits um eine staatliche Haftung (Garantie) bei notwendigen Bankkrediten. Im ersten Fall wird eine bestehende Schuld den Firmen nicht erlassen, sondern nur deren Zahlung aufgeschoben, und im zweiten Fall muss der Staat lediglich dann finanziell geradestehen, wenn das Unternehmen trotz der schnellen Beihilfen schließen muss.

So oder so, bei einem Ausfall des Schuldners zahlt der Steuerzahler die Zeche. Dies ist eben der Preis, den wir als Gemeinschaft tragen müssen, um den totalen Zusammenbruch des Systems zu verhindern, welcher dem Staat hundertfach höhere Verluste bescheren würde. Und weil alles eben extrem schnell gehen muss, soll jetzt ausgezahlt werden, ohne lange Prüfungen, komplizierte Kriterien und vorsichtige Prozeduren.

Was die Krise schlussendlich an gesamtwirtschaftlichem Schaden anrichten wird, kann heute unmöglich beziffert werden. Nur wenn es den Gesundheitsbehörden und ihren vielen engagierten Mitarbeitern gelingen wird, die Katastrophe binnen weniger Monate in den Griff zu bekommen – was derzeit noch nicht als weltweit gesichert scheint – könnte der ökonomische Schaden für Luxemburg im günstigsten Fall vergleichbar bleiben mit den

Folgen der Banken- und Finanzkrise von 2007. Das hielten in der Woche vor Ostern auch Schätzungen des Internationalen Währungsfonds und der Ratingagentur Moodys fest. Wird die Pandemie aber international nicht schnell gebannt, wird der wirtschaftliche Kollaps um ein Mehrfaches schlimmer.

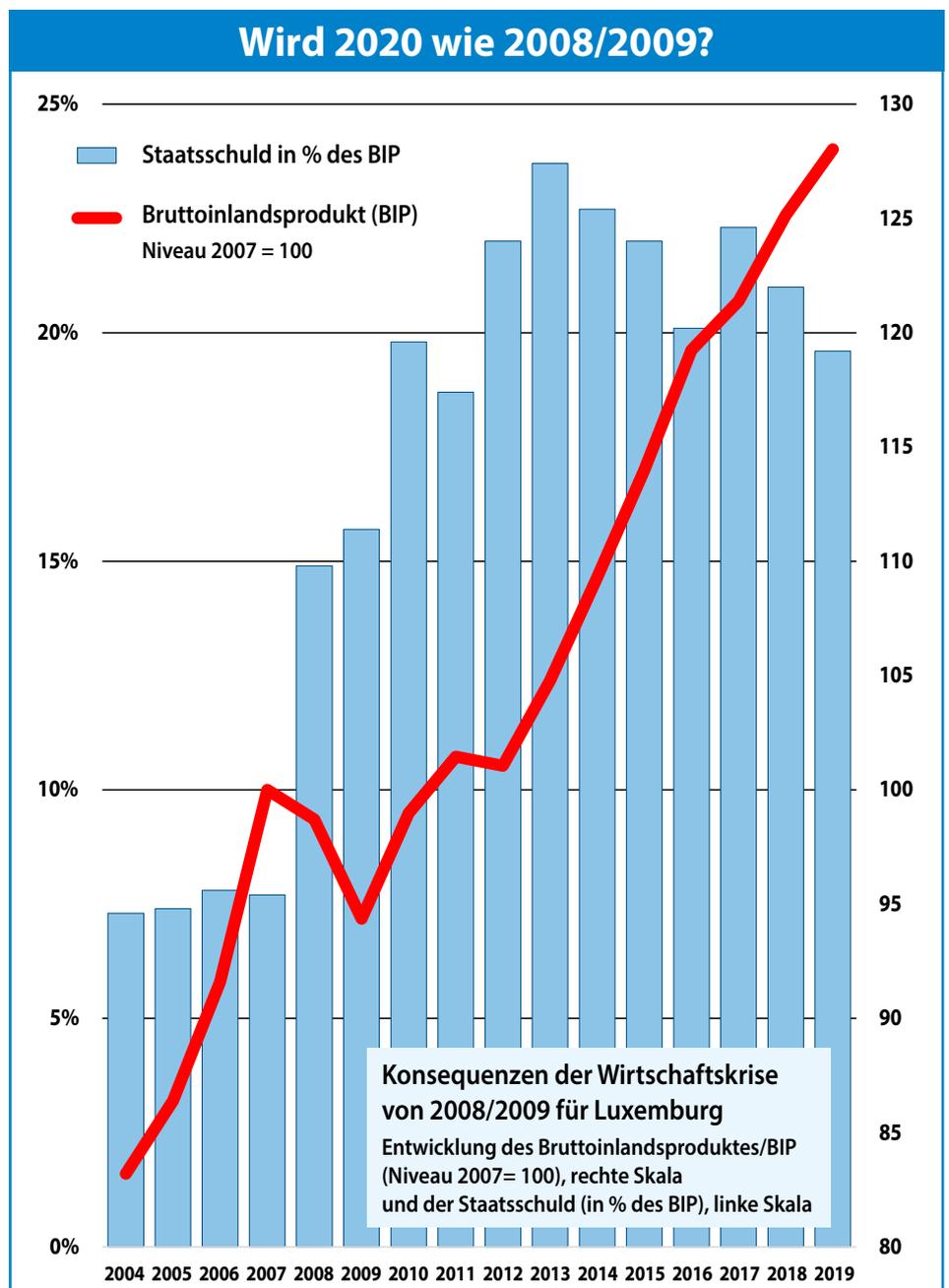
Immerhin liefert uns die letzte Krise konkrete Referenzwerte, weshalb wir einen kurzen Rückblick auf die damalige Entwicklung vorschlagen. Von 2007 bis 2009 ging der geschaffene Mehrwert, das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) also, in Deutschland um -4,6 %, in Luxemburg um -5,6 %, in Italien um -6,5 % und in Griechenland um -7,2 % zurück.

Unser unten stehendes Diagramm verdeutlicht die Konsequenzen der 2007er Krise in den Folgejahren für Luxemburg. Die starke

rote Linie stellt die Veränderung des realen, also preisbereinigten BIP dar (Niveau 2007 = 100, rechte Skala). 2008 und 2009 wurde die langfristige Aufwärtsdynamik dramatisch unterbrochen, doch nach den europaweiten Maßnahmen zur Bankenrettung und Finanzstabilisierung konnte unsere Wirtschaft unverzüglich wieder Fahrt aufnehmen. 2012 wurde sie kurz von der damaligen Krise der Staatsfinanzen in Europa ausgebremst, doch in den letzten 10 Jahren erwies sich das Wachstum bei uns als doppelt so hoch wie auf dem ganzen Kontinent. Somit liegt unser BIP heute real fast 30% über dem Niveau von 2007.

Die blauen Balken im Hintergrund – zu denen die linke Skala gehört – zeigen die Auswirkungen auf die Staatsfinanzen. Wegen

Fortsetzung auf Seite 11





L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

der hohen Ausgaben des Staates (Bankenrettungsmaßnahmen, Teilzeitarbeit und erhöhte Arbeitslosigkeit) und der stark einbrechenden Steuereinnahmen stieg die Staatsschuld sofort von weniger als 8 % des BIP auf 15-16 % und in der Folge auf 20-23 %, nicht zuletzt weil Luxemburg klugerweise an der Tradition aufwendiger, doch zukunftsfrüchtiger Investitionen festhielt.

So erlebten wir damals zwar einen herben Rückschlag, die Dynamik unserer Wirtschaft aber wurde schnell wiederhergestellt und der Standort bleibt attraktiv. Wohl hat ein kurzzeitiges Defizit die Schulden deutlich erhöht, ohne jedoch unser internationales Kredit-Standing mit der Note AAA anzutasten. Dies nicht zuletzt, weil die stärkere Bruttoverschuldung durch deutlich höhere Finanzkraft und verbesserte Infrastrukturen ausgeglichen wird.

Sollte die Pandemie aber aus dem Ruder laufen, was für manche Länder durchaus ein realistisches Szenario bleibt, fallen die finanziellen und sozialen Folgen deutlich schmerzhafter aus als vor einem Jahrzehnt, mit Millionen zusätzlicher Arbeitsloser in Europa und zig Millionen in der Welt.

Selbst bei einem derart schlimmen Ausgang wäre Luxemburg aber wohl in der Lage, den Kraftakt zu stemmen, wegen der hohen Kompetitivität unserer Exportwirtschaft und der traditionell exemplarischen Gesundheit unserer Staatsfinanzen. Doch viele europäische Partner, die – im Gegensatz zu Luxemburg und Deutschland – ihren öffentlichen Haushalt nicht in Ordnung gehalten oder gebraucht haben, müssten dann ein Wirtschaftschaos wie in den 30er Jahren erleiden.

Wenn nämlich wichtige, heute angeschlagene Teile der Gesamtökonomie es nicht schaffen, binnen weniger Monate wieder funktionstüchtig zu sein, sei es wegen zu vieler Konkurse, wegen des Zusammenbruchs der Lieferketten oder wegen des Ausbleibens der Kundschaft, kann weltweit der Rückschlag durchaus doppelt so hoch ausfallen wie vor einem Jahrzehnt, mit sehr hohen und langfristig anhaltenden Soziallasten, mit teils dauerhaft zerschlagenen Wirtschaftsstrukturen und mit ruinierten Staatsfinanzen.

Büßt eine Regierung ihre Kreditwürdigkeit auf den Kapitalmärkten ein, so verliert sie „ipso facto“ ihre volkswirtschaftliche und sozialpolitische Handlungsfähigkeit. Dann sind die Auswirkungen verheerend, wie uns das Exempel Griechenlands es seit einem Dutzend Jahren gezeigt hat, wobei dieses arg gebeutelte Land ja noch mit vielen Kreditmilliarden seiner europäischen Partner vor dem Ertrinken bewahrt wurde. Wenn aber gleichzeitig mehrere viel größere Länder zu retten sind, riskiert das Problem unlösbar zu werden.

Erinnern wir an die 2008er Krise, als die Staatsschulden von 2007 bis 2010 wie folgt hochschnellten (ausgedrückt in Prozent des BIP): in Luxemburg von 8 % auf 20 %, in Deutschland von 64 % auf 82 %, in Belgien von 87 % auf 100 %, in Frankreich von 64 % auf 85 %, in Italien von 104 % auf 119 %, in Griechenland von 103 % auf 146 %. Wobei die

ungleiche Zinslast den Spielraum der Regierungen unterschiedlich einengte.

Welche entscheidende Rolle in Krisenzeiten aber einem handlungsfähigen Staat zukommt, verdeutlicht unser zweites Schaubild, welches das soziale Schicksal einiger ausgewählter Länder in Europa aufzeigt. Rasche Erholung hier und anhaltendes Siechtum dort. In Nordeuropa wurde das Wirtschaftswachstum zwar gebremst, blieb aber insgesamt positiv. Im Süden dagegen sind die Menschen heute schlechter gestellt als vor jener Krise. 2019 lag das BIP in Luxemburg real (also preisbereinigt) 28 % höher als 2007, in Deutschland 16 %, in Belgien 13 % und in Frankreich 11 %. In Italien aber war das Einkommen weiterhin 4 % niedriger und in Griechenland gar 25 % niedriger als 2007.

Bei Ausbruch der heutigen Krise war die Ausgangslage deutlich ungünstiger als 12 Jahre zuvor, mit einer Staatsschuld von 176 % in Griechenland, 135 % in Italien, 102 % in Belgien und 86 % in Frankreich. Deswegen bestehen hier keine ausreichenden Reserven mehr für ein resolutes und massives Handeln, wie die Eindämmung des Krisen-Tsunamis und die Finanzierung eines neuen Aufschwungs es erforderlich machen. Für ein erfolgversprechendes staatliches Handeln fehlen somit vielerorts die finanziellen Möglichkeiten.

Und jenen Staaten, die jetzt ohne Reserven und ohne Kredit am Finanzmarkt dastehen, drohen noch andere Probleme. Ihre Banken sitzen bereits seit Jahren auf einem Haufen fauler Kredite, die nun definitiv abzuschreiben sind. Und oft ist ihre strukturell schwache Wirtschaft besonders von der eingeschränkten Mobilität betroffen, mit einem Tourismus, der auf ausländische Besucher wartet, mit einer Landwirtschaft, die Saisonarbeiter benötigt, und mit existenziell angeschlagenen Fluggesellschaften.

Wenn der Exportweltmeister Deutschland (wie auch sein erfolgreicher Beifahrer Luxemburg) sich einen starken europaweiten Absatzmarkt von Hunderten Millionen Kunden

erhalten will, muss er akzeptieren, dass ein riesiger gesamteuropäischer Marshallplan aufgelegt und finanziert wird. Die Minister der Euro-Gruppe wussten somit sehr wohl, weshalb sie sich „nolens volens“ zu einer gigantischen Solidarität zusammenraufen mussten.

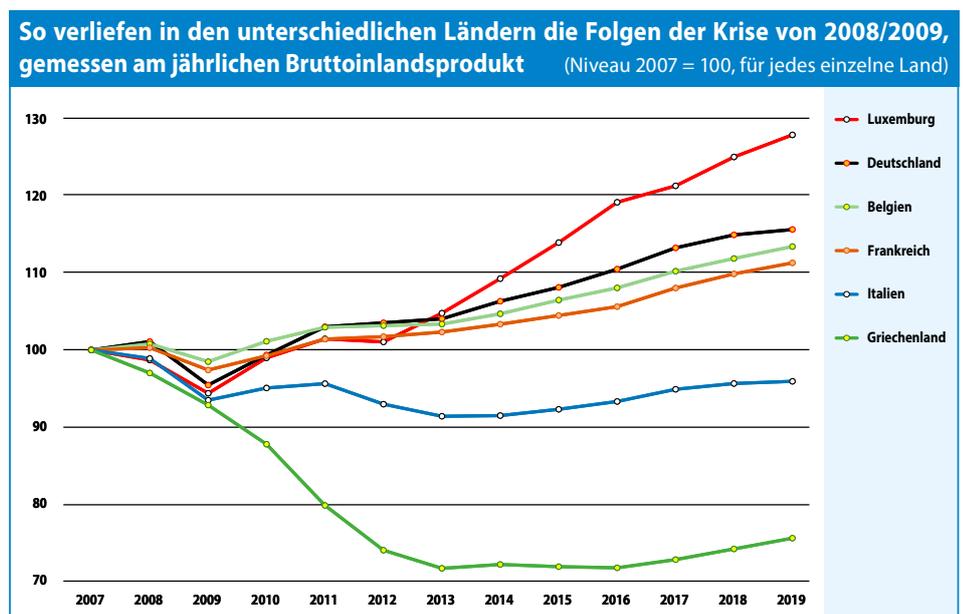
Die Krise hat uns an eine entscheidende Weggabelung geführt, und sie bietet die Gelegenheit für eine strategische Besinnung. Manches muss radikal überdacht werden, wie z.B. der übertriebene Flugverkehr, das extreme Just-in-Time-Produzieren, die interkontinentale Delokalisierung der Industrien, das Fehlen von langfristigem und nachhaltigem Denken und Handeln und auch die Vernachlässigung strategischer Reserven an lebenswichtigen Gütern.

Der jahrzehntelang von den Patronatslobbyisten propagierte „schlanke Staat“ wurde schlagartig als eine totale ideologische Irrlehre entlarvt. Nur gut organisierte staatliche und öffentliche Institutionen, unter der souveränen Kontrolle unseres Landes, geben uns Halt gegenüber Turbulenzen, die unerwartet schnell und aus großer Ferne auf uns hereinstürzen können.

Andererseits wurde uns gleichzeitig recht drastisch vorgeführt, wie wichtig offene Grenzen für unsere Lebensqualität und unseren Wohlstand sind, ob bei Medikamenten, beim täglichen Konsumbedarf oder bei sogenannten „systemrelevanten“ Grenzgängern. Wer heute im Umgang mit dem nahen und dem europäischen Ausland auf Populisten, Protektionisten und engstirnige Verteidiger rein nationaler Interessen hört, der sägt am Ast, auf dem er sitzt.

Wohl sind die Zustände und Perspektiven Südeuropas ab sofort ein Pulverfass. Aber ohne das Europa des freien Verkehrs für Waren und Dienstleistungen, für Kapitalien und Firmen, für Unternehmer und Arbeitskräfte beginnen wir unweigerlich in die Höhlen und auf die Bäume zurückzukehren.

Paul ZIMMER



In Italien und besonders in Griechenland erholte sich die Ökonomie nicht vom schweren Einbruch. Während in anderen Ländern bereits 2011 das Niveau der Wirtschaftsleistung von 2007 wieder überschritten war, verbleibt Italien auch heute noch 4 % und Griechenland gar 25 % unter diesem Niveau.



Steuerreform: Für eine gerechtere Verteilung der Steuerlast



Gesellschaft. In dieser Hinsicht muss jeder von uns verantwortungsbewusst handeln.

Es gilt, sich solidarisch mit allen Mitbürgern zu zeigen, unabhängig von deren Nationalität, Wohnort und ganz gleich, ob diese im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft arbeiten.

Es muss unser aller Ziel sein, diese außergewöhnliche Situation gemeinsam so gut wie nur möglich zu meistern.

Hierzu gehört vor allem Solidarität und Disziplin: Im Interesse aller Bürger gilt es, sich konsequent an die Regeln zu halten, wohlwissend, dass alle Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich im Moment nur allzu oft über ihre Belastungsgrenze hinaus gehen. Deshalb müssen wir unsere Helfer bestmöglich unterstützen.

Neben dem menschlichen Leid ist schon klar ersichtlich, dass auch der wirtschaftliche Impact und dessen globale, negative Auswirkungen, Stichwort Rezession, mit Sicherheit enorm sein werden. Von staatlicher Seite muss daher den betroffenen Unternehmen, im Interesse ihrer Beschäftigten, mit allen erforderlichen Mitteln unter die Arme gegriffen werden.

Im Moment befinden wir uns in einer bis jetzt nie da gewesenen, sehr ernst zu nehmenden Lage. Die Eindämmung der Verbreitung des Corona-Virus hat oberste Priorität für unsere

Genau wie in der Vergangenheit wird die CGFP ihre Verantwortung in Krisenzeiten übernehmen.

Deshalb: Unterstützt alle Helfer, ob aus dem Gesundheits-, Pflege-, Polizei- oder Armeebereich und darüber hinaus, achtet die Arbeit all jener, die sich in Lebensmittel- und Supermarktgeschäften ständig, im Interesse der Verpflegung aller Bürger, gesundheitlichen Gefahren aussetzen!

Ob öffentlicher Dienst oder Privatwirtschaft: Nur gemeinsam wird es uns gelingen, diese nie da gewesene Situation zu meistern.

Logischerweise wird auch die angekündigte Steuerreform, unter welcher Weise sie auch durchgeführt werden mag, von der Corona-Krise schwerstens betroffen sein. Deshalb gilt: Auch wenn sich im Moment ganz andere Prioritäten auf-tun, dürfen die Überlegungen der CGFP zu diesem Thema nicht in Vergessenheit geraten: Kann und darf unter den derzeitigen Umständen eine CO₂-Steuer überhaupt eingeführt werden? Gerade nach den neuesten Entwicklungen bleibt fraglich, ob es

nicht doch Verlierer bei dieser laut Regierungsaussagen „grundlegenden“ Steuerreform geben wird.

Außerdem hatten wir auch schon letztes Jahr darauf hingewiesen, dass von politischer Seite nicht vergessen werden darf, den zuständigen Steuerverwaltungen die dringend notwendigen personellen und materiellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie den zusätzlichen Arbeitsaufwand auch für jeden Bürger zufriedenstellend meistern können.

Einer unserer Forderungen scheint schon Rechnung getragen worden zu sein: Zu einer Reduzierung der Kilometerpauschale, die den Weg zur Arbeit betrifft, soll es offensichtlich nicht kommen.

Fakt ist: Im Vergleich zum Kapital wird Arbeit deutlich zu hoch besteuert. Bei einer weiteren Steuerreform muss auf jeden Fall prioritär alles darangesetzt werden, dass dieses Ungleichgewicht verschwindet.

Die natürlichen Personen müssen entlastet und die heute verschiedenen Steuerklassen abgeschafft werden.



Dabei darf die Regierung sich auf keinen Fall den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum durch eine substanzielle Nichtanpassung der Steuertabelle der Privatpersonen an die Preisentwicklung schaffen. Zur Erinnerung: Bei der letzten Anpassung im Jahre 2009 kam es zu einem nur teilweisen Schritt in diese Richtung. Bei der Steuerreform im Jahr 2017 blieb eine Anpassung aus.

Abschaffung der Steuerklasse 1 A

Weitere Maßnahmen sind erforderlich, so zum Beispiel im Bereich der anachronistischen Steuerklasse 1A, deren schnellstmögliche Abschaffung die CGFP von Anfang an und auch weiterhin unermüdlich fordert. Insbesondere Alleinerziehende, aber auch Verwitwete, sind dem Armutsrisiko sehr stark ausgesetzt. Die Volksvertreter jeder politischen Couleur müssten sich dessen bewusst sein. Wieso hier nicht schon Konkretes bei der letzten Steuerreform erfolgt ist, bleibt uns ein Rätsel.

Die CGFP tritt weiterhin für mehr Steuergerechtigkeit ein.

Enormer politischer Handlungsbedarf besteht bei den sogenannten „FIS“. Diese „Fonds d'investissement spécialisés“ lassen jegliche Beschränkungen hinsichtlich der Aktiva, in die investiert werden darf, vermissen.

Handlungsbedarf bei den spezialisierten Investmentfonds

Für uns bleibt es völlig unverständlich, dass im Bereich der FIS-Fonds, die in letzter Zeit zunehmend in der Öffentlichkeit thematisiert und infrage gestellt werden, noch immer nichts geschehen ist. Sie schaffen all jenen Anlegern mit bedeutenden, finanziellen Mitteln einen Steuervorteil, die sich als gut informierte, professionelle oder private Anleger bezeichnen können. Hier muss jetzt rigoros auf politischer Ebene gehandelt werden!

Im Regierungsprogramm steht dazu, Folgendes zu lesen: „*Le Gouvernement veillera à contrecarrer les abus issus de l'utilisation du régime fiscal applicable aux SICAV-FIS dans le secteur immobilier au Luxembourg.*“ Dieser Auszug aus dem Koalitionsprogramm spricht Bände.

Misstände aus der Welt schaffen

Und es geht hier nicht um „Peanuts“. Einige Hundert Milliarden Euro sind bereits in diesen Fonds von gut informierten Investoren angelegt worden. Zur Erinnerung: Diese Fonds sind von allen traditionellen Steuerarten befreit (die „taxe d'abonnement“ ausgenommen). Gleiches gilt für die von den FIS ausgeschütteten Dividenden, die auch von der Quellensteuer verschont werden. Dies stellt einen sehr interessanten Aspekt dar, wenn man bedenkt, dass seit dem 1. Januar 2017 – Zinszahlungen sind bis zu einem jährlichen Betrag von 1.500 € steuerbefreit – auch jeder weitere Cent der Ersparnisse der Verdiener mit Wohnsitz in Luxemburg ohne Rücksicht mit einer Quellensteuer von 20% belegt wird und das in einem Moment, wo die Zinserträge gegen null tendieren und die Inflation das Ersparte locker auffrisst.

Diese Misstände müssen im Sinne von mehr Steuergerechtigkeit gerade jetzt aus der Welt geschafft werden. Hier ist politischer Mut gefordert!

Auch die Steuertabelle muss um einige, weitere Tranchen ausgebaut werden, um damit den sogenannten „Mittelstandsbockel“ endlich wirksam abzufedern.

Im internationalen Raum steht Steuerdumping bei der Betriebsbesteuerung noch immer ganz oben auf der Agenda, und da es in Luxemburg sicher keine ausgeglichene Steuerlastenverteilung zwischen natürlichen Personen und Unternehmen gibt – ganz im Gegenteil – müssen gerade die natürlichen Personen entlastet werden.

Das Wohnungsproblem ist eines der größten Sorgenkinder der Bürger hierzulande. Die Verkaufspreise von Immobilien steigen weiter rasant, ohne dass den professionellen Spekulanten das Handwerk gelegt wird. Dies könnte zum Beispiel durch eine von der CGFP ins Gespräch gebrachte, jährliche „Spekulantesteuer“ von mindestens 5 % geschehen, die aber ganz klar nur die Immobilienhaie betreffen würde. Eine weitere Option wäre eine Deckelung der Grundstückspreise, wie vom Wirtschafts- und Sozialrat in einem Gutachten vorgeschlagen.

In einem Moment, in dem sich der meistens junge Durchschnittsbürger im besten Falle noch eine 40 Quadratmeterwohnung leisten kann, für die er ein Darlehen auf Jahrzehnte

aufnehmen muss, wäre es höchste Zeit, endlich auch der CGFP-Forderung nach einer deutlich großzügigeren Anwendung des superreduzierten Mehrwertsteuersatzes von 3 % beim Erstwohnungsbau nachzukommen. Diese „Sparmaßnahme“ der Regierung hat ohne jeden Zweifel zu weiteren, bedeutenden Preiserhöhungen beigetragen, die vor allem Klein- und Mittelverdiener treffen. Damit muss jetzt Schluss sein!

Auf die Gefahr hin sich zu wiederholen: Das Koalitionsabkommen von Dezember 2018 sieht Folgendes vor : „L'opportunité d'un rehaussement du montant maximum pour lequel le taux de taxe sur la valeur ajoutée (TVA) super réduit de 3 % est applicable en matière de logement sera étudiée!“

Trotz gegenteiliger Aussagen von Regierungsmitgliedern ist auch der Bau von Erstwohnungen bedeutend teurer geworden. Um die Ausgangslage von 2002 in etwa wiederherzustellen – der superreduzierte Mehrwertsteuersatz von 3 % gilt heute für 357.000 € an Baukosten, 2002 waren es noch 500.000 € – fordert die CGFP, dass der Höchstbetrag für die dreiprozentige TVA-Rückerstattung auf mindestens 100.000 € verdoppelt wird. Infolge der Preisentwicklung wären sogar 120.000 € mehr als angemessen. Hier muss jetzt in Anbetracht der anstehenden Steuerreform ohne weitere Zeitvergeudung gehandelt werden!

Vor kurzem hätte ich gesagt, die Arbeit der jetzigen Regierung wird ganz besonders an dieser Steuerreform gemessen! Eines ist jedoch klar geworden: Die Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Auswirkungen stellt nun ihre größte Herausforderung dar.

Romain Wolff,
CGFP-Nationalpräsident



Stolz auf den öffentlichen Dienst

dbb-Jahrestagung mit Luxemburger Beteiligung in Köln



Am Rande der dbb-Jahrestagung in Köln: Bundesinnenminister Horst Seehofer im Gespräch mit (v.r.n.l.) dem CESI-Vorsitzenden und CGFP-Nationalpräsidenten Romain Wolff, dem stellvertretenden dbb-Bundesvorsitzenden und Bundesvorsitzenden des Verbandes Deutscher Realschullehrer Jürgen Böhm sowie CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger.

Die Corona-Krise und ihre verheerenden Folgen waren zumindest in Europa noch kein Thema, als der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes dbb und Tarifunion, Ulrich Silberbach, nach bewährter Weise zum Jahresanfang, zur traditionellen dbb-Jahrestagung nach Köln lud. Begriffe wie „social distancing“ waren Anfang Januar eher noch Fremdwörter, so dass jedenfalls zu diesem Zeitpunkt noch nichts gegen diese Art von Großveranstaltungen auf dem Kölner Messegelände

sprach. Und die Tatsache, dass die Grenzen zu Deutschland für den Personenverkehr noch geöffnet waren, ermöglichte es selbst Besuchern aus Luxemburg, allen voran Vertretern von CGFP und deren Kooperationspartner FGFC, unbekümmert an der Jahrestagung des dbb in Köln teilzunehmen.

Der dbb, mit über 1,3 Millionen Mitgliedern „die große deutsche Interessenvertretung für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen

Dienst und im privaten Dienstleistungssektor“, versteht sich nach eigener Darstellung als „konstruktiver Reformpartner von Politik, Verwaltung und Gesellschaft und als tatkräftiger Interessenvertreter seiner Mitglieder“. Eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen CGFP und dbb besteht insbesondere auf Ebene der CESI, der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften, zu deren Gründungsmitgliedern beide Verbände gehören.

Gleich zu Beginn seiner Ausführungen meinte der dbb-Bundesvorsitzende, der öffentliche Dienst in Deutschland sei ein Sanierungsfall. Rund 300.000 Beschäftigte fehlten aktuell. Und deshalb fordere der dbb bei seiner Jahrestagung in Köln massive Investitionen in den Staatsdienst. Ulrich Silberbach wörtlich: „Wir müssen schleunigst die Beine in die Hand nehmen und zu sehen, dass wir den öffentlichen Dienst mit sinnhafter Digitalisierung und nachhaltiger Personalpolitik fit für die Zukunftsaufgaben bekommen“.

Bundesinnenminister Horst Seehofer seinerseits gab das Versprechen ab, das Personalvertretungsrecht zu modernisieren und dabei auf Berufsvertretungen und Gewerkschaften zuzugehen. Er sei stolz auf die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und wolle optimale Rahmenbedingungen, um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können. Zudem nutzte Seehofer die Gelegenheit, um Gewalt gegen Beschäftigte des Staates und extremistischen Tendenzen erneut eine klare Absage zu erteilen.

s.h.

CGFP-Services



L'appartenance à la **CGFP** et aux organisations membres lui affiliées vous assure des avantages financiers très sensibles, telle qu'une réduction massive chez **CGFP Assurances** sur les tarifs des contrats d'assurance incendie et responsabilité civile automobile. À cela s'ajoute entre autres une ristourne solide de **CGFP-Services** en fin d'année ainsi que l'admission à d'avantageuses polices d'assurance de groupe tout comme un accès privilégié à des prêts immobiliers via l'épargne-logement. Il est à souligner que tous ces avantages exceptionnels sont strictement réservés aux membres de la **CGFP**.

Que l'affiliation syndicale soit en premier lieu un acte de solidarité collectif ne l'empêche donc pas de représenter également une excellente affaire personnelle.



Die Zugehörigkeit zur **CGFP** und zu deren Fachverbänden sichert Ihnen spürbare finanzielle Vorteile, wie etwa eine sehr deutliche Absenkung der Tarife von Feuer- und Autohaftpflichtversicherungen über **CGFP Assurances**. Nebst einer soliden Rückvergütung durch **CGFP-Services** zum Jahresende sowie der Zulassung zu günstigen Gruppenversicherungen genießen Sie u.a. beachtliche Vorzüge beim Zugang zu einem Immobilienkredit über das Bausparen. Hervorzuheben ist, dass all diese außergewöhnlichen Vorteile strikt den Mitgliedern der **CGFP** vorbehalten sind.

Der Beitritt zur Gewerkschaft stellt in erster Linie ein Akt kollektiver Solidarität dar. Dies verhindert nicht, dass er sich auch auf privater Ebene außergewöhnlich lohnt.



Führungswechsel in der Chefetage: H. Martin Müller (r.), Leiter der BHW-Niederlassung Luxemburg, hat die Nachfolge von Achim Vogt übernommen.

Als neue Direktionsbeauftragte für den öffentlichen Dienst löste Cynthia Ginter Lothar Meyer ab.

Ablösung bei BHW-Luxemburg

Zum Jahresbeginn 2020 kam es bei der BHW-Niederlassung Luxemburg, dem Kooperationspartner der „Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement“, zu einem pensionsbedingten Führungswechsel. So trat der sehr geschätzte Direktor, Herr Achim Vogt, nach 40-jähriger Dienstzeit bei der BHW-Bausparkasse und fünfjähriger Leitung der Niederlassung Luxemburg in den wohlverdienten Ruhestand. Als Nachfolger übernahm H. Martin Müller, ebenfalls lang-

gedienter BHW-Bausparfachmann mit Auslands Erfahrung, die Leitung der hiesigen Niederlassung.

Gleichzeitig schied der allseits beliebte Direktionsbeauftragte für den öffentlichen Dienst, Herr Lothar Meyer, ein hervorragender Experte der Bausparbranche, aus dem aktiven Dienst aus, bleibt aber weiterhin CGFP-Services als Berater erhalten. Seine Aufgaben übernimmt Madame Cynthia Ginter, die langjäh-

rige bestbekannte BHW-Finanzberaterin und neue Direktionsbeauftragte für den öffentlichen Dienst.

Im Rahmen einer gediegenen Feierstunde, im Kreise der Führungsspitze der BHW-Hauptverwaltung, der Mitarbeiter/innen und der Vertreter der assoziierten Einrichtungen wurden die Scheidenden gebührend gewürdigt und geehrt und ihre Nachfolger zu ihrem neuen Aufgabenbereich begrüßt und beglückwünscht.

#easyhealth

easify
your health.

DKV
Luxembourg

membre du Groupe **lalux**

**Eng exklusiv Direkthëllef
bei uerge Krankheete
mat EASY HEALTH.
easify.lu**

All d'Membere vun der CGFP kréien 10% Remise!

Gäre beréit dech eisen CGFP-Service:
salessupport@dkv.lu
T: 42 64 64-804



Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.